

Call for Papers

Parteiendemokratie im Wandel

Schwerpunkt des wissenschaftlichen Online-Journals Regierungsforschung.de

NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2017 strebt die SPD eine Partei-Reform an: Mitgliedern sollen mehr Mitspracherechte und -möglichkeiten eingeräumt werden. Die CDU startete bereits 2015 mit der Kampagne „Meine CDU 2017“ eine Initiative, um die Partei zu verjüngen und verstärkt weibliche Mitglieder sowie Mitglieder mit Migrationshintergrund zu gewinnen. In anderen Parteien, wie etwa der FDP, laufen bereits seit längerem Initiativen zur Partei-Reform. Diese und weitere Beispiele aus der Vergangenheit zeigen: Parteien unterliegen stetig und in vielfältiger Hinsicht Veränderungsprozessen – sei es im organisatorischen, im programmatischen oder im kommunikativen Bereich. Dadurch versuchen die Parteien, den sich ihnen stellenden Herausforderungen, wie einer schwindenden Mitgliederbasis oder mangelndem Vertrauen in ihre Problemlösungskapazitäten, zu begegnen.

Als Teil des politischen Systems tragen Parteien zur politischen Willensbildung bei, artikulieren und aggregieren gesellschaftliche Interessen, stellen sich mit ihren Programmen und ihrem Personal zur Wahl und besetzen öffentliche Ämter mit ihren Kandidaten. Aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Politik stellen die Parteien und das politische System, in dem sie agieren, dabei vor immer neue Herausforderungen. So wächst beispielsweise mit der Gründung und Etablierung neuer Parteien die Konkurrenz um mediale Aufmerksamkeit, Wählerstimmen, Parteimitglieder, Mandate und finanzielle Mittel.

Vor diesem Hintergrund soll der Schwerpunkt „Parteiendemokratie im Wandel“ von Regierungsforschung.de beleuchten, wie sich gegenwärtig die Parteiendemokratie im Allgemeinen und die Parteien im Besonderen verändern. Gesucht werden Kurzanalysen, Essays und Forschungspaper, die verschiedene Facetten und Prozesse dieses Wandels abbilden. Der Schwerpunkt startet im Herbst 2018.

Beitragsformate und -umfang

Kurzanalysen und Essay: 4 – 8 Seiten Text (ohne Literaturverzeichnis)

Forschungspaper: 15 – 20 Seiten Text (ohne Literaturverzeichnis)

Einreichung von Beitragsvorschlägen

Beitragsvorschläge sind als aussagekräftige Abstracts bzw. Beitragsskizzen von ca. einer halben Seite mit Angabe des Beitragsformats (Kurzanalyse, Essay oder Forschungspaper) einzureichen. Abgabetermin für die Einreichung der Abstracts bzw. Skizzen ist der 15. Oktober 2018. Bitte senden Sie diese als Word-Datei (*.docx) an die Redaktion von Regierungsforschung.de, z. Hd. Julia Rakers, E-Mail: julia.rakers@uni-due.de. Besonders freuen wir uns über Beitragsvorschläge von Nachwuchswissenschaftlern.

Auswahl der Beiträge

Als Kriterien für die Auswahl der Beiträge auf Basis der Abstracts bzw. Beitragsskizzen gelten insbesondere die inhaltliche Passung zum Schwerpunktthema, die Relevanz für die wissenschaftliche Parteien- und Regierungsforschung sowie die politische Praxis, die Aktualität des Beitragsthemas, die Stringenz und Prägnanz der Darstellung und die Originalität der Idee. Die Redaktion behält sich zudem vor, bei der Auswahl der Beiträge auch die Gesamtkonzeption und die inhaltliche Ausgewogenheit des Schwerpunktes zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse des Auswahlverfahrens werden bis 22. Oktober 2018 bekannt gegeben. Danach haben die ausgewählten Autorinnen und Autoren die Gelegenheit, die Beiträge auszuarbeiten und wie folgt zu übermitteln:

- Essays bis zum 12. November 2018
- Kurzanalysen bis zum 21. November
- Forschungspaper bis zum 10. Dezember 2018

Regierungsforschung.de (<http://regierungsforschung.de/>) ist das wissenschaftliche Online-Journal der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen in Duisburg.

Kontakt: Redaktion Regierungsforschung.de | NRW School of Governance | Institut für Politikwissenschaft | Universität Duisburg-Essen | Lotharstr. 53 | 47057 Duisburg

Mail: redaktion@regierungsforschung.de